

Gemeinde Hövelhof



Auszug aus der Niederschrift

Gremium: **Haupt- und Finanzausschuss**

Sitzungstermin: 10.12.2009 - Öffentliche Sitzung -

TOP 5

Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2009 bzgl. gemeindlicher Verhaltensweise gegenüber "Google Street View"

Bgm. Berens rief den Tagesordnungspunkt auf und bat GR Lindemann, den Antrag näher zu begründen. Nachdem GR Lindemann den Antrag der FDP-Fraktion verlesen hatte, konnte GR Schäfer für die SPD-Fraktion die Intention des Antrages grundsätzlich nachvollziehen. Gleichwohl würden die vielen detaillierten Vorschläge seiner Meinung nach zu sehr in die Freiheit des Einzelnen eingreifen. GR Lappe griff die Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes vom 23.06.2009 heraus. **Zitat:** Datenschutz auch beim virtuellen Stadtrundgang: Städte und Gemeinden begrüßen die Einigung zwischen Datenschützern und dem Internet-Unternehmen Google über deren Dienst-Google Street View. Dabei werden ganze Straßenzüge mit Häusern, Fahrzeugen und Personen im Internet zur Ansicht und zum virtuellen Durchwandern dargestellt. Hier ist ein tragfähiger Kompromiss zwischen dem Informationsbedürfnis der Menschen einerseits und dem Recht auf Schutz persönlicher Daten andererseits gefunden worden, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider in Düsseldorf. Das Unternehmen Google habe zugesichert, die Rohdaten innerhalb einer bestimmten Frist zu löschen. Zudem würden Gesichter und Autokennzeichen auf den Bildern auf Antrag der Betroffenen unkenntlich gemacht. Es werde eine Web-Seite eingerichtet, über die solche Personen der Veröffentlichung widersprechen und ins Netz gestellte Bilder entfernen lassen könnten. **Zitatende.**

In der anschließenden Diskussion wurde eine gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen erarbeitet. Der Ausschuss beschloss einstimmig:

1. Die Verwaltung nimmt Kontakt zu Google Deutschland auf, um festzustellen, ob und wann Aufnahmen in unserer Gemeinde stattfinden. Hierüber werden die Bürger rechtzeitig informiert.
2. Die Überwachung des fließenden Straßenverkehrs fällt nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde Hövelhof.
3. Google hat zugesagt, sensible Daten wie Kfz.-Kennzeichen, Gesichter und Hausnummern unkenntlich zu machen. Sollte sich Google an diese Zusage nicht halten, so soll öffentlicher Druck auf Google ausgeübt werden.

4. Auf der Internetseite der Gemeinde sollen Hinweise angebracht werden, wie die Bürger ihr persönliches Widerspruchsrecht wahrnehmen können.
5. Die Darstellung des Rathauses, der Kindergärten, Schulen und sonstiger öffentlicher Einrichtungen wird als Standortvorteil gesehen. Die Gemeinde wird ihre Gebäude und Einrichtungen nicht unkenntlich machen.

Hövelhof, den 17.12.2009
Der Bürgermeister
i.A.